

# Inhaltsübersicht

Vorwort .....	V
Inhaltsverzeichnis .....	XI
Abkürzungsverzeichnis .....	XXV
Einleitung .....	1
A. Anlass der Untersuchung .....	2
B. Gang und Methodik der Untersuchung .....	9
Kapitel 1 – Ausgangslage .....	11
A. Grenzen der §§ 305 ff. BGB für Haftungsbeschränkungsklauseln in AGB in unternehmerischen Verträgen .....	13
B. Reformdiskussion um deutsches AGB-Recht .....	44
C. Zusammenfassung .....	83
Kapitel 2 – Kollisionsrechtliche Grenzen der Rechtsflucht vor den §§ 305 ff. BGB in unternehmerischen Verträgen .....	85
A. Staatliche Gerichte .....	87
B. Schiedsgerichte .....	144
C. Fazit und Konsequenzen für die Reformfrage .....	181
Kapitel 3 – Einfluss des AGB-Rechts auf die Rechtswahl von Unternehmen in Handelsverträgen .....	185
A. Rechtswahl von Unternehmen anhand inhaltlicher Vorzüge des Vertragsrechts? .....	188

B.	Fülle an Anreizfaktoren .....	197
C.	Maßgeblichkeit des AGB-Rechts unter den Faktoren .....	221
D.	Zugrundeliegende Mechanismen der Rechtswahl von Unternehmen .....	233
E.	Mögliche Auswirkungen einer AGB-Reform auf die Attraktivität der deutschen Rechtsordnung .....	243
F.	Fazit zum Einfluss des AGB-Rechts auf die Rechtswahl und Konsequenzen für die Reformfrage .....	248
<b>Kapitel 4 – AGB-Kontrolle der Haftungsbeschränkungsklauseln in anderen Rechtsordnungen – Rechtsvergleich mit England, Schweiz und Frankreich .....</b>		251
A.	Bevorzugte unternehmerische Wahl .....	252
B.	Kontrolle von Haftungsbeschränkungsklauseln im unternehmerischen Rechtsverkehr im englischen Recht .....	258
C.	Kontrolle von Haftungsbeschränkungsklauseln im unternehmerischen Rechtsverkehr im Schweizer Recht .....	299
D.	Kontrolle von Haftungsbeschränkungsklauseln im unternehmerischen Rechtsverkehr im französischen Recht .....	337
E.	Fazit des Rechtsvergleichs und Konsequenzen für den Reformbedarf des deutschen AGB-Rechts .....	365
<b>Kapitel 5 – Konsequenzen für Reformüberlegungen im deutschen AGB-Recht .....</b>		367
A.	Ergebnisse der Analyse des Rechtsfluchtrisikos aufgrund des deutschen AGB-Rechts .....	367
B.	Handlungsbedarf des Staates? .....	370
C.	Sinnvolle Ansatzpunkte einer AGB-Reform im Lichte der Analyseergebnisse zum Rechtsfluchtargument .....	395
D.	Fazit zu Konsequenzen der Analyse zu Reformüberlegungen .....	424
<b>Zusammenfassung und Schlussbetrachtung .....</b>		425
A.	Zusammenfassung der Analyse des Rechtsfluchtargumentes .....	425
B.	Schlussfolgerungen für eine AGB-Reform .....	427

Literaturverzeichnis.....	429
Materialienverzeichnis .....	447
Rechtsprechungsverzeichnis.....	451
Sachverzeichnis.....	457

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Inhaltsübersicht .....	VII
Abkürzungsverzeichnis .....	XXV
Einleitung .....	1
<i>A. Anlass der Untersuchung .....</i>	2
<i>B. Gang und Methodik der Untersuchung .....</i>	9
Kapitel 1 – Ausgangslage .....	11
<i>A. Grenzen der §§ 305 ff. BGB für Haftungsbeschränkungsklauseln in AGB in unternehmerischen Verträgen .....</i>	13
I. Haftungsfreizeichnungsmöglichkeiten in Individualvereinbarungen im unternehmerischen Verkehr .....	15
II. Anwendungsbereich der AGB-Kontrolle .....	15
1. Vorformulierte Vertragsbedingungen für eine Vielzahl von Verträgen, § 305 Abs. 1, S. 1 BGB .....	16
2. „Stellen“ von AGB, § 305 Abs. 1, S. 1 BGB .....	17
3. Voraussetzungen für ein „Aushandeln“, § 305 Abs. 1 S. 3 BGB .....	19
a) Inhaltlicher Maßstab des Aushandelns .....	19
b) Aktuelle BGH-Rechtsprechung zum „Aushandeln“ .....	21
c) Erforderliches Ausmaß des Aushandelns .....	24
4. Konsequenz für Haftungsbeschränkungsklauseln für Unternehmen .....	26
III. Grenzen der Inhaltskontrolle der §§ 305 ff. BGB für Haftungsbeschränkungsklauseln in unternehmerischen Verträgen .....	26
1. Maßstab der unangemessenen Benachteiligung des § 307 BGB .....	27

2. Kein Haftungsausschluss in AGB für „Kardinalpflichten“ .....	30
3. Indizwirkung der Grenzen der § 309 Nr. 7 lit. a und lit. b BGB für Haftungsbeschränkungsklauseln im unternehmerischen Verkehr .....	31
a) Indizwirkung.....	31
b) Grenzen der § 309 Nr. 7 lit. a und b BGB für Haftungsbeschränkungsklauseln.....	33
4. AGB-Reformdiskussion anregende BGH-Rechtsprechung zur Inhaltskontrolle des § 307 BGB .....	35
5. Möglichkeit summenmäßiger Haftungsbeschränkungen.....	37
6. Rechtsfolge unwirksamer AGB.....	39
7. Konsequenzen für Haftungsbeschränkungsklauseln in unternehmerischen Verträgen.....	41
IV. Fazit zu Haftungsfreizeichnungsmöglichkeiten im deutschen AGB-Recht .....	43
 B. <i>Reformdiskussion um deutsches AGB-Recht</i> .....	44
I. Reaktionen der Praxis auf BGH-Rechtsprechung und Reformdiskussion.....	45
1. Broschüren zur Bewerbung des Rechtsstandortes.....	45
2. 69. Deutscher Juristentag 2012 .....	46
3. BMJV und <i>Leuschner-Studie</i> (2014).....	46
4. Initiativen verschiedener Wirtschaftsverbände .....	48
5. Koalitionsvertrag der 19. Legislaturperiode (März 2018).....	49
II. Argumente des Reformdiskurses der §§ 305 ff. BGB für den unternehmerischen Rechtsverkehr .....	50
1. Argumente für eine AGB-Reform .....	50
a) Kritik an Indizwirkung der §§ 308, 309 BGB auf unternehmerische Verträge.....	51
b) Hohe Hürden für Haftungsbeschränkungsklauseln im unternehmerischen Rechtsverkehr.....	52
c) Kritik an Anforderungen des Aushandelns .....	53
d) Mangelnde Wettbewerbsfähigkeit des deutschen AGB- Rechts und Zwang zur Rechtsflucht .....	55
e) Keine Rechtsprechungsänderung ersichtlich .....	58
f) Ziele der Reformbefürworter.....	58
2. Argumente gegen eine AGB-Reform .....	60
a) Angemessenheit und Rechtssicherheit derzeitiger Inhaltskontrolle für unternehmerische Verträge .....	60
b) Indizwirkung entspricht Leitbildfunktion des geschriebenen Rechts gem. § 307 Abs. 2 Nr. 1 BGB.....	63

c) Angemessene Anforderungen an das Aushandeln i.S.d. § 305 Abs. 1 S. 3 BGB .....	64
d) Zweifel an hohem Risiko der Rechtsflucht wegen des deutschen AGB-Rechts .....	65
e) Tiefgreifende, unvorhersehbare Folgen einer Reform.....	66
3. Erste Auffälligkeiten an Reformdiskussion .....	66
a) Hoher Anteil an Diskutanten aus der Praxis .....	67
b) Teilweise verzerrtes Rechtsbewusstsein über AGB- Kontrolle.....	68
c) Zusammenhang zwischen Unternehmensgröße und internationaler Ausrichtung des Unternehmens mit Reformforderung.....	69
III. Bereits erfolgte Reformvorschläge .....	72
1. Maßstab des „Aushandelns“ im unternehmerischen Verkehr herabsetzen .....	73
2. Begrenzung des Anwendungsbereiches der AGB-Kontrolle über den Gegenstandswert der Transaktion .....	75
3. Flexiblerer Prüfungsmaßstab des § 307 BGB für unternehmerische Verträge .....	77
4. Veränderungen im AGB-Recht <i>de lege lata</i> statt <i>de lege ferenda</i> .....	79
5. Bedenken bezüglich verschiedener Reformansätze .....	80
C. Zusammenfassung .....	83

Kapitel 2 – Kollisionsrechtliche Grenzen der Rechtsflucht vor den §§ 305 ff. BGB in unternehmerischen Verträgen .....	85
---	----

A. Staatliche Gerichte .....	87
I. Gerichte der EU-Mitgliedstaaten .....	89
1. Grundsatz der Parteiautonomie .....	90
2. Grenzen des einfach zwingenden Rechts, Art. 3 Abs. 3 und Abs. 4 Rom I-VO .....	94
a) Grenze des Art. 3 Abs. 3 Rom I-VO .....	95
aa) §§ 305 ff. BGB einfach zwingendes Recht i.S.d. Art. 3 Abs. 3 Rom I-VO .....	97
bb) Anforderungen eines reinen Inlandssachverhaltes i.S.d. Art. 3 Abs. 3 Rom I-VO.....	98
b) Grenze des Art. 3 Abs. 4 Rom I-VO (Binnenmarktklausel).....	105

c) Fazit.....	106
3. Grenzen der international zwingenden Eingriffsnormen, Art. 9 Rom I-VO.....	107
4. Grenzen des <i>ordre public</i> , Art. 21 Rom I-VO .....	110
5. Wahl des CISG .....	111
6. Fazit.....	115
II. Gerichte von Drittstaaten.....	116
1. Ausweichmöglichkeiten vor staatlichen Gerichten der Schweiz .....	117
a) Geltungsbereich des IPRG-Schweiz: internationale Sachverhalte.....	119
b) Grundsätzliche Rechtswahlfreiheit in Verträgen, Art. 116 IPRG-Schweiz.....	121
c) Objektive Anknüpfung: Engster Zusammenhang, Art. 117 IPRG-Schweiz.....	121
d) Grenze der Rechtswahl aufgrund der Beachtung ausländischer Eingriffsnormen, Art. 19 IPRG-Schweiz.....	122
e) Allgemeine Ausnahmeklausel des Art. 15 IPRG-Schweiz.....	127
f) Fazit.....	129
2. Ausweichmöglichkeiten vor staatlichen Gerichten Englands (nach EU-Austritt des Vereinigten Königreichs).....	129
a) Kollisionsrechtliche Rechtslage Englands bis zum EU-Austritt des Vereinigten Königreichs .....	131
b) Kollisionsrechtliche Rechtslage in England während des Brexit-Übergangszeitraumes .....	134
c) Kollisionsrechtliche Rechtslage in England seit Ablauf des Brexit-Übergangszeitraumes .....	134
d) Fazit.....	141
3. Fazit zu Grenzen der Rechtsflucht vor den §§ 305 ff. BGB vor drittstaatlichen Gerichten.....	142
III. Fazit und Konsequenzen für die Reformfrage.....	143
 B. Schiedsgerichte .....	144
I. Sitz des Schiedsgerichts innerhalb der EU.....	146
1. Diskussion um Bindung der Schiedsgerichte an die Rom I-VO.....	147
2. Konsequenzen der Streitfrage für die Abwahlmöglichkeiten des deutschen AGB-Rechts .....	153
3. Durchsetzbarkeit einer Bindung der Schiedsgerichte in der Praxis? .....	155
a) Schiedsgerichtliche Entscheidung nach Rechtsregeln.....	155
b) Billigkeitsentscheidung des Schiedsgerichts ( <i>amiable compositeur</i> ) .....	158

4. Fazit.....	162
II. Sitz des Schiedsgerichts in Drittstaat (bspw. Schweiz und England post-Brexit) .....	163
1. Sitz des Schiedsgerichts in der Schweiz .....	163
2. Sitz des Schiedsgerichts in England (post-Brexit) .....	167
3. Fazit.....	173
III. Praxis der Schiedsgerichte im Umgang mit den §§ 305 ff. BGB .....	174
IV. Fazit und Konsequenzen für Reformfrage .....	179
 C. <i>Fazit und Konsequenzen für die Reformfrage</i> .....	181

## Kapitel 3 – Einfluss des AGB-Rechts auf die Rechtswahl von Unternehmen in Handelsverträgen.....185

A. <i>Rechtswahl von Unternehmen anhand inhaltlicher Vorzüge des Vertragsrechts?</i> .....	188
I. Rationales Desinteresse an der Rechtswahl .....	189
II. Vorteile einer Vertragsrechtswahl nicht <i>ex ante</i> vorhersehbar .....	192
III. Heterogene Interessen der Vertragsparteien.....	193
IV. Werbung kein Indikator für eine inhaltliche Qualitätsabwägung durch Unternehmen .....	194
V. Vertragsabschluss unter Annahme eines <i>self-sufficient contract</i> .....	196
VI. Fazit zur unternehmerischen Rechtswahl anhand inhaltlicher Vorzüge des Vertragsrechts .....	196
 B. <i>Fülle an Anreizfaktoren</i> .....	197
I. Analysierte Studien und empirische Daten .....	197
1. Daten der Studien zu Verfahren vor staatlichen Gerichten .....	198
2. Durch staatliche Gerichte veröffentlichte Daten.....	199
3. Daten schiedsrechtlicher Studien.....	199
4. Schwächen empirischer Daten .....	200
II. Fülle an Anreizfaktoren für die unternehmerische Rechtswahl .....	201
1. Materielles Recht .....	202
2. Möglichkeit der Haftungsbeschränkungen und -ausschlüsse in unternehmerischen Verträgen.....	203
3. Vertrautheit eines Rechtssystems .....	204
4. Schiedsfreundlichkeit.....	206
5. Rechtstradition ( <i>common law / civil law</i> ).....	209
6. Englische Sprache und/oder Vielsprachigkeit .....	211
7. (Eindruck einer) Neutralität des Rechts.....	213

8. Berechenbarkeit des Ausgangs einer Entscheidung .....	215
9. (Eindruck der) Stabilität eines Rechtssystems .....	218
10. Forum .....	218
11. Großer Finanz-, Versicherungs- und Rückversicherungssektor .....	219
12. Zwischenergebnis: Fülle an Anreizfaktoren für die unternehmerische Rechtswahl .....	221
<b>C. Maßgeblichkeit des AGB-Rechts unter den Faktoren.....</b>	<b>221</b>
I. Überblick über ältere Studien .....	222
II. <i>Oxford Civil Justice Survey (2008)</i> .....	223
III. <i>Queen Mary School of International Arbitration: Choices in International Arbitration (2010)</i> .....	224
IV. Forschungsprojekt im Auftrag des BMJV ( <i>Leuschner-Studie 2014</i> ).....	224
1. Frage der <i>Leuschner-Studie (2014)</i> an Schiedsrechtsexperten zur Kausalität.....	225
2. Fragen der <i>Leuschner-Studie (2014)</i> an Unternehmens- mitarbeiter zu Rechtswahlklauseln.....	226
a) Rechtsflucht bei inländischen Vertragsschlüssen aufgrund des deutschen AGB-Rechts? .....	227
b) Rechtsflucht in grenzüberschreitenden Verträgen aufgrund des deutschen AGB-Rechts? .....	229
3. Fazit zur <i>Leuschner-Studie (2014)</i> .....	230
V. Aktuellste Studie: <i>Queen Mary School of International Arbitration: The Evolution of International Arbitration (2018)</i> .....	230
VI. Fazit: AGB-Recht kein alleiniger noch ausschlaggebender Faktor in der unternehmerischen Rechtswahl .....	232
<b>D. Zugrundeliegende Mechanismen der Rechtswahl von Unternehmen.....</b>	<b>233</b>
I. Bevorzugte Wahl der Heimatrechtsordnung, alternativ eines neutralen Rechts .....	233
II. Verknüpfung der Wahl des anwendbaren materiellen Rechts und des Forums .....	235
1. Empirische Daten hinsichtlich Verknüpfung der Wahl.....	235
2. Ökonomische Rationalität einer Verknüpfung.....	238
3. Konsequenz für Reform .....	239
III. Netzwerk- und Lock-in-Effekte .....	239
IV. Fazit zu zugrundeliegenden Mechanismen .....	242

<i>E. Mögliche Auswirkungen einer AGB-Reform auf die Attraktivität der deutschen Rechtsordnung</i> .....	243
I. Auswirkungen einer AGB-Reform auf einzelne Anreizfaktoren.....	243
1. Unbeeinflussbare Faktoren durch Reform des AGB-Rechts .....	243
2. Beeinflussbare Faktoren durch Reform des AGB-Rechts .....	244
3. Langfristig beeinflussbarer Faktor: Vertrautheit eines Rechtssystems.....	245
4. Zwischenfazit: Nur wenige Anreizfaktoren der unternehmerischen Rechtswahl durch Reform des deutschen AGB-Rechts beeinflussbar.....	246
II. Einfluss der zugrundeliegenden Mechanismen .....	247
III. Zwischenfazit.....	248
<i>F. Fazit zum Einfluss des AGB-Rechts auf die Rechtswahl und Konsequenzen für die Reformfrage</i> .....	248

<b>Kapitel 4 – AGB-Kontrolle der Haftungsbeschränkungsklauseln in anderen Rechtsordnungen – Rechtsvergleich mit England, Schweiz und Frankreich</b> .....	251
<i>A. Bevorzugte unternehmerische Wahl</i> .....	252
I. Bevorzugte Rechtswahl der Unternehmen .....	253
II. Bevorzugte Forumswahl der Unternehmen.....	255
<i>B. Kontrolle von Haftungsbeschränkungsklauseln im unternehmerischen Rechtsverkehr im englischen Recht</i> .....	258
I. <i>Common law rules</i> als Kontrolle von Vertragsklauseln .....	260
II. <i>Principles of construction</i> als Kontrolle von Vertragsklauseln .....	261
III. <i>Unfair Contract Terms Act 1977</i> .....	263
1. Persönlicher und sachlicher Anwendungsbereich des UCTA 1977 .....	264
2. Differenzierungsüberlegungen der <i>Law Commissions</i> für den UCTA 1977 .....	265
3. Inhalt und Auslegung des UCTA 1977.....	267
a) Haftung für Fahrlässigkeit, Art. 2 UCTA 1977 .....	268
b) Haftungsbeschränkungen in <i>written standard terms of business</i> , Art. 3 UCTA 1977 .....	269

c) Weitere Haftungsbeschränkungsregelungen für besondere Verträge und Vertragspflichten, Art. 6, 7, 8 UCTA 1977 .....	271
d) Maßstab des <i>test of reasonableness</i> .....	272
e) Berücksichtigung der Besonderheiten des unternehmerischen Verkehrs .....	275
4. Handhabung internationaler Verträge und Rechtswahl im UCTA 1977 .....	277
a) Ausnahme internationaler Lieferverträge, Art. 26 UCTA 1977 .....	277
b) Kollisionsrechtliche Besonderheiten für internationale Verträge, Art. 27 UCTA 1977 .....	280
5. Rechtsfolge unwirksamer Klauseln nach dem UCTA 1977 .....	283
IV. Weitere wettbewerbsstärkende Faktoren des englischen Vertragsrechts bzw. allgemeinen Rechts .....	284
1. Hohe Bedeutung des <i>freedom of contracts</i> im unternehmerischen Kontext im englischen Vertragsrecht .....	284
2. Kein <i>general principle of good faith</i> im englischen Recht .....	285
3. Unternehmensfreundliche Handelsgerichte durch sehr praxiserfahrene Richter und spezialisierte <i>Commercial Courts</i> .....	286
4. Einfache Wahlmöglichkeit des forumeigenen Rechts im <i>common law</i> .....	286
V. Andere Wettbewerbslage Englands nach Brexit seit Ablauf des Übergangszeitraumes .....	288
VI. Fazit zur englischen AGB-Kontrolle .....	292
VII. Rechtsvergleich der Kontrolle von Haftungsbeschränkungsklauseln im englischen und deutschen Recht .....	293
1. Vorliegen einer AGB-Kontrolle .....	293
2. Auslegung von Haftungsbeschränkungs-/ -ausschlussklauseln .....	294
3. Anwendungsbereich der AGB-Kontrolle .....	294
a) Ausnahme des „Aushandelns“ .....	294
b) Ausnahme internationaler Verträge .....	295
c) Differenzierung zwischen Großunternehmen und KMUs bei der Klauselkontrolle .....	296
4. Maßstab der Inhaltskontrolle von Vertragsklauseln: <i>reasonableness</i> und „unangemessene Benachteiligung“ .....	296
5. Genereller Haftungsausschluss bei Verletzung von Leben, Körper, Gesundheit .....	297
6. Haftungsausschluss für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit bei eigenem Verschulden .....	297
7. Haftungsausschluss für Gehilfen .....	297
8. Summenmäßiger Haftungsausschluss .....	298
9. Rechtsfolge unwirksamer Klauseln: Keine geltungserhaltende Reduktion .....	298

VIII. Fazit .....	298
10. Rechtssicherheit und Vorhersehbarkeit .....	298
C. <i>Kontrolle von Haftungsbeschränkungsklauseln im unternehmerischen Rechtsverkehr im Schweizer Recht</i> .....	299
I. Geltungskontrolle von AGB .....	301
1. Vorliegen von AGB .....	301
2. Einbeziehung von AGB im unternehmerischen Verkehr .....	301
3. Ungewöhnlichkeitsregel der bundesgerichtlichen Rechtsprechung .....	302
a) Globalübernahme von AGB .....	303
b) Schwächerer oder unerfahrener Vertragspartner (subjektive Voraussetzung) .....	304
c) Vorliegen ungewöhnlicher, d.h. überraschender Regelungen (objektive Voraussetzung) .....	305
d) Zwischenergebnis .....	306
4. Kritik an „verdeckter Inhaltskontrolle“ und Forderung einer offenen Inhaltskontrolle .....	307
II. Auslegung von AGB .....	310
III. Inhaltskontrolle von AGB .....	312
1. Keine offene AGB-Inhaltskontrolle (mehr) des Art. 8 UWG-Schweiz im unternehmerischen Verkehr .....	312
2. Einbeziehung von KMUs in den Schutzbereich des Art. 8 UWG-Schweiz n.F.? .....	315
3. Untypischer Ort der AGB-Kontrolle im Wettbewerbsrecht (UWG) .....	316
IV. Allgemeine vertragsrechtliche Kontrollen .....	317
1. Allgemeine Schranken von Haftungsfreizeichnungsklauseln, Art. 100, 101 Abs. 2, 3 OR-Schweiz .....	318
a) Haftung für eigenes Verschulden, Art. 100 Abs. 1 OR-Schweiz .....	318
b) Haftung für Hilfspersonen, Art. 101 Abs. 2 OR-Schweiz .....	320
c) Haftungsfreizeichnung im Arbeitsverhältnis oder bei Gewerbebetrieben, deren Ausübung eine öffentliche Konzession voraussetzt, Art. 100 Abs. 2, 101 Abs. 3 OR-Schweiz .....	321
2. Spezielle Kontrollen des besonderen Vertragsrechts .....	323
3. Grenzen des allgemeinen Vertragsrechts der Artt. 19–21 OR-Schweiz .....	324
4. Zwischenergebnis .....	326
V. Rechtsfolge unwirksamer Klauseln .....	326
VI. Rechtsschutz gegen AGB-Klauseln .....	328
VII. Fazit zur Schweizer AGB-Kontrolle .....	328

VIII. Rechtsvergleich der Kontrolle von Haftungsbeschränkungsklauseln im Schweizer und im deutschen Recht .....	330
1. Vorliegen einer AGB-Kontrolle .....	330
2. Voraussetzungen für „nicht-Geltung“ der AGB-Kontrolle .....	331
3. Haftungsausschluss für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit bei eigenem Verschulden .....	331
4. Genereller Haftungsausschluss bei Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit .....	332
5. Haftungsausschluss für Gehilfen .....	333
6. Summenmäßiger Haftungsausschluss .....	333
7. Geltungserhaltende Reduktion .....	334
8. Generelle vertragsrechtliche Grenzen .....	334
9. Fallstricke des Schweizer Rechts aus dem besonderen Schuldrecht des OR .....	334
10. Rechtssicherheit durch Rechtsprechungsdichte .....	335
IX. Fazit .....	336
 D. Kontrolle von Haftungsbeschränkungsklauseln im unternehmerischen Rechtsverkehr im französischen Recht .....	337
I. Ähnliche Wettbewerbslage Frankreichs und Deutschlands hinsichtlich Anreizfaktoren .....	338
II. AGB-Kontrolle in Frankreich .....	339
1. Reformziel und Reforminhalt betreffend AGB .....	340
2. Französische AGB-Kontrolle bis zur Reform des <i>Code Civil</i> im Jahr 2016 .....	344
3. Neu kodifizierte AGB-rechtliche Regelungen seit der Reform (seit 1. Oktober 2016) .....	346
a) Unterscheidung zwischen ausgehandelten und nicht ausgehandelten Verträgen, Art. 1110 <i>Code Civil</i> n.F. ....	347
b) Einbeziehung (Art. 1119 <i>Code Civil</i> n.F.) und Auslegung (Art. 1190 <i>Code Civil</i> n.F.) von AGB .....	349
c) Verbot der Aushöhlung von Kardinalpflichten, Art. 1170 <i>Code Civil</i> n.F. ....	349
d) Kontrollmaßstab des <i>déséquilibre significatif</i> , Art. 1171 <i>Code Civil</i> n.F. ....	350
4. Verhältnis des reformierten Art. 1171 <i>Code Civil</i> n.F. und der bestehenden handelsrechtlichen Vorschrift, Art. L442-6 I 2° a.F. bzw. Art. L442-1 I 2° n.F. <i>Code de Commerce</i> .....	353
a) Regelungsgehalt und Rechtsfolge der handelsrechtlichen Bestimmung .....	353
b) Konvergenzen der Normen .....	356
c) Divergenzen .....	357

d) Koexistenz .....	359
5. Kritik an neuen AGB-rechtlichen Kodifikationen des französischen Rechts.....	360
6. Fazit zur französischen AGB-Kontrolle von Haftungsfreizeichnungsklauseln.....	362
III. Rechtsvergleich der Kontrolle von Haftungsbeschränkungsklauseln im französischen und deutschen Recht .....	362
IV. Konsequenzen und Fazit.....	364
E. <i>Fazit des Rechtsvergleichs und Konsequenzen für den Reformbedarf des deutschen AGB-Rechts</i> .....	365
I. Liberalere AGB-Kontrolle in beliebten „Fluchtzielen“? .....	365
II. Liberalisierungstrend der AGB-Kontrolle in anderen Rechtsordnungen in Europa? .....	366
III. Konsequenzen für deutsches Recht.....	366
<b>Kapitel 5 – Konsequenzen für Reformüberlegungen im deutschen AGB-Recht.....</b>	<b>367</b>
A. <i>Ergebnisse der Analyse des Rechtsfluchtrisikos aufgrund des deutschen AGB-Rechts</i> .....	367
I. Kollisionsrechtliche Grenzen der Rechtsflucht (Kapitel 2) .....	367
II. Einfluss des AGB-Rechts auf die unternehmerische Rechtswahl (Kapitel 3) .....	368
III. AGB-Kontrolle der Haftungsbeschränkungsklauseln in anderen Rechtsordnungen (England, Schweiz, Frankreich) (Kapitel 4).....	369
B. <i>Handlungsbedarf des Staates?</i> .....	370
I. Verbleibende Gründe für AGB-Kontrolle trotz Rechtsflucht .....	371
1. Abwehrfunktion gegen einseitige Inanspruchnahme der Gestaltungsmacht.....	372
2. Schutzfunktion vor Verhandlungsungleichgewicht und Marktmacht.....	373
3. Partielles Marktversagen und Informationsasymmetrie .....	374
4. Verhandlungspsychologische Sogwirkung .....	378
5. Fazit.....	378
II. Interesse des Staates an „attraktivem“ AGB-Recht.....	378
1. Anreize aus Sicht des Staates .....	379
a) Wirtschaftliche Anreize für einen Staat.....	380

b)	Nichtwirtschaftliche Anreize für einen Staat .....	382
c)	Anreize hinsichtlich des Gerichtsstandortes aus dem Zusammenhang von Rechts- und Forumswahl .....	384
d)	Fazit zu den Anreizen aus Sicht des Staates .....	389
2.	Anreize anderer Diskutanten .....	390
a)	Anreize aus Sicht der Unternehmen .....	390
b)	Anreize aus Sicht der rechtsberatenden Branche .....	391
c)	<i>Principal-agent-Konflikt bei Wettbewerbsanreizen zwischen Mandant und Anwalt .....</i>	393
3.	Schlussfolgerungen zu Anreizen für ein „attraktives“ AGB-Recht .....	394
C.	<i>Sinnvolle Ansatzpunkte einer AGB-Reform im Lichte der Analyseergebnisse zum Rechtsfluchtargument .....</i>	395
I.	Reformpaket: AGB-Recht und Einführung von Kammern für internationale Handelssachen .....	396
1.	Bereits bestehende Gesetzentwürfe für Kammern für internationale Handelssachen .....	397
2.	Komponente der Spezialisierung der Gerichte durch Gesetzentwurf .....	399
3.	Sprachliche Komponente des Gesetzentwurfs .....	400
4.	Fazit .....	403
II.	Weitere gesetzgeberische Bestrebungen bezüglich anderer Anreizfaktoren .....	404
III.	Differenzierung anhand der Unternehmensgröße und des Unternehmensumsatzes .....	404
1.	Bestehende Vorschläge für Differenzierung anhand einer Unterkategorie der KMU .....	405
2.	Differenzierung zwischen Unternehmensgrößen im niederländischen AGB-Recht .....	408
3.	Fazit .....	412
IV.	Differenzierung zwischen nationalen und internationalen Verträgen .....	412
1.	Differenzierung bereits im englischen und niederländischen AGB-Recht .....	413
2.	Fazit .....	415
V.	Kombination der Differenzierung anhand der Unternehmensgröße und der Internationalität des Vertrages .....	416
VI.	Weitere Ansatzideen für eine AGB-Reform .....	417
1.	Erlaubnisnorm ähnlich dem Regelungsmechanismus des § 512 Abs. 2 HGB schaffen .....	418

2. Ausnahme bei ausdrücklichem Hinweis auf die Klausel ähnlich dem Schweizer Recht .....	419
3. Vorantreiben einer Mindestharmonisierung des AGB-Rechts im unternehmerischen Rechtsverkehr auf EU-Ebene.....	419
4. Optionen des deutschen Gesetzgebers zur zwingenden Durchsetzung des deutschen AGB-Rechts gegenüber deutschen Unternehmen? .....	421
VII. Fazit zu sinnvollen Ansatzpunkten einer AGB-Reform im Lichte des Rechtsfluchtargumentes .....	423
<i>D. Fazit zu Konsequenzen der Analyse zu Reformüberlegungen</i> .....	424
 Zusammenfassung und Schlussbetrachtung .....	425
<i>A. Zusammenfassung der Analyse des Rechtsfluchtargumentes</i> .....	425
<i>B. Schlussfolgerungen für eine AGB-Reform</i> .....	427
 Literaturverzeichnis.....	429
Materialienverzeichnis .....	447
Rechtsprechungsverzeichnis .....	451
Sachverzeichnis.....	457